

Protokoll

der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates Dammbach vom Freitag, 16.12.2016 um 18:00 Uhr im Rathaus, Wintersbacher Str. 141, Dammbach

Teilnehmer:

1. Bürgermeister

Bauer, Roland CSU/FWG

Mitglieder Gemeinderat

Amrhein, Rigobert UWG

Amrhein, Waltraud UWG

Bauer, Karl CSU/FWG

Beck, Markus CSU/FWG

Brand, Günter UWG

Englert, Adolf CSU/FWG

Hock, Franz UWG

Lattus, Christian CSU/FWG

Schäfer, Ralf UWG

Spielmann, Patrick CSU/FWG ab TOP 11. öffentliche Sitzung

Verfürth, Steffen UWG

Wirth, Christian CSU/FWG

Schriftführer

Hanakam, Matthias

1. Begrüßung und Protokollanerkennung

Der Bürgermeister begrüßt die anwesenden Gemeinderatsmitglieder und die Zuhörer. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Es wird der Geschäftsordnungsantrag gestellt, den Tagesordnungspunkt 2.1 aus dem nichtöffentlichen Teil in den öffentlichen Teil zu ziehen.

Die Zuhörer verlassen hierzu nach Hinweis des Geschäftsleiters den Sitzungssaal.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat, den Tagesordnungspunkt 2.1 aus dem nichtöffentlichen Teil in den öffentlichen Teil zu ziehen.

Die Zuhörer kehren in den Sitzungssaal zurück.

In der Bürgerfragestunde wird das Wort nicht gewünscht.

Zum Protokoll der letzten Sitzung werden folgende Änderungen gewünscht:

Beim Tagesordnungspunkt 4.1: wird die Summe von ca. 162.000 € im Beschluss genannt. In der Überschrift zum Tagesordnungspunkt 4.1 liegt in den Anschlusskosten ein Schreibfehler vor. Dies solle aber nicht in Anschlussleitungen geändert werden.

Ergänzt wird noch zu diesem Tagesordnungspunkt, dass hier nicht eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h gefordert worden sei.
Die Geschwindigkeitsbegrenzung von 30km/h soll beantragt werden.

Beim Tagesordnungspunkt 6: soll im Beschluss ergänzt werden, dass die Gemeinde Dammbach bei der Einstellung eines Wassermeisters durch den Zweckverband AMME ein Drittel der Kosten trägt.

Beim Tagesordnungspunkt 7: soll der gemeindliche Anteil von 64.695, -- € im Beschluss genannt werden.

Beim Tagesordnungspunkt 5, Unterpunkt 5: soll bei den Bürostunden des 2. Bürgermeisters Christian Wirth ergänzt werden, dass dieser nicht von der Verwaltung aufgezeichnet würde.

2. Ortsübliche Vorbehandlung von Baugesuchen - derzeit liegt noch kein Baugesuch vor

Da kein Baugesuch vorliegt, entfällt dieser Tagesordnungspunkt.

3. Weitere Vorgehensweise bei der Sanierung der Wasserversorgung im Wasserwerk Ferschenmühle - das Büro Klingenmeier berichtet zum aktuellen Planungsstand

Der Bürgermeister informiert, dass dieser Tagesordnungspunkt auf den Januar 2017 verschoben werden müsse.

Herr Klingenmeier sei krank.

Gefragt wird, ob durch die Gemeinde Dammbach Druck auf das Büro ausgeübt worden sei, um die Angelegenheit schnell zu bearbeiten.

Der Bürgermeister verneint. Hier gehe die Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

4. Antrag der Anlieger der Staatsstraße 2317 im Bereich Neuhammer auf Bau eines Gehwegs und auf Verbesserung des untragbaren Straßenzustandes (Anlage)

Der Bürgermeister nimmt Bezug auf den Antrag, welcher den Gemeinderäten vorliegt.

Er habe sich über diesen Antrag gefreut.

Er habe den Antrag mit dem Staatlichen Bauamt, Herrn Sawatzky, besprochen.

Der Antrag sei nur 1 ½ Jahre zu spät. Wenn es in der Vergangenheit eine Einigung in den Grunderwerbsverhandlungen gegeben hätte, wäre der Abschnitt Neuhammer bereits ausgebaut.

Man habe sich darauf verständigt, dass der Freistaat Bayern versuchen werde, die Grunderwerbsverhandlungen wieder aufzugreifen.

5. Kommt ein Geldautomat ins Foyer des neuen Rathauses mit einer 33,3 % Kostenbeteiligung der Gemeinde Dammbach, oder sollte er nicht besser in den Dorfladen integriert werden?

Steffen Verfürth teilt in seiner Position als Sparkassenmitarbeiter mit, dass der Dorfladen keine Option als Standort lt. Sparkasse und Raiffeisenbank sei.

Von mehreren Gemeinderäten wird geäußert, dass das Rathaus der gewünschte Standort sei. Der Gemeinderat habe den Standort festzulegen.

Gefragt wird, ob eine Zusage vorliege und wie lange der Geldautomat betrieben werde – 8-10 Jahre wären hier angebracht. Eine zeitliche Zusage liegt nicht vor.

Der Bürgermeister hinterfragt, ob hier eine Subvention für einen Dritten mit der Sparkasse und der Raiffeisenbank vorliege.

Bei einem positiven Beschluss durch den Gemeinderat, werde er dies vorab durch die Kommunalaufsicht im Landratsamt prüfend lassen.

Aus dem Gemeinderat wurde gewünscht, den Beschluss ohne vorherige Prüfung zu vollziehen.

Er führt weiter aus, dass mit Sicherheit nach einer gewissen Zeit eine Prüfung durch die Banken erfolgen werde. Sie werden dann prüfen, ob sich der Geldautomat gerechnet habe. Dann könne es sein, dass der Geldautomat wieder ausgebaut werde.

Er fragt, wer dann für den Rückbau aufkomme.

Im Übrigen sei in der jüngsten Vergangenheit lt. eines Zeitungsberichtes wieder einmal ein Geldautomat gesprengt worden.

Betont wird, dass hier eine Initiative des Gemeinderates vorliege.

Steffen Verfürth nimmt noch einmal in seiner Funktion als Sparkassenmitarbeiter Bezug auf einen gemeindlichen Brief. Demnach werde das Foyer kostenlos zur Verfügung gestellt. Er verweist darauf, dass die Raiffeisenbank Ende März 2017 schließe.

Gegen die Stimme des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat, der Raiffeisenbank und der Sparkasse zu signalisieren, dass die Gemeinde Dammbach 1/3 der Kosten trage. Der Bürgermeister kündigt an, den Beschluss umgehend der Kommunalaufsicht des Landratsamtes vorzulegen.

6. Schriftlicher Antrag der Katholischen Kirchenstiftung auf Bezuschussung von Instandhaltungsmaßnahmen für den Kindergarten St. Martin (Anlage)

Die Kirchenverwaltung Wintersbach hat den Antrag gestellt, dass sich die Gemeinde Dammbach mit 2/3 an den Kosten für die Erneuerung diverser Heizkörper mit Anschlüssen und zwei Toiletten im Kindergarten St. Martin beteiligen solle. Die Gesamtkosten lagen bei 2.150,84 Euro.

Sofern der Gemeinderat eine Beteiligung an den Kosten beschließen sollte - die Sache dürfte freiwillig sein da es sich um Instandhaltungsmaßnahmen und nicht um Investitionen handelt, ergäbe sich ein Betrag in Höhe von 1.433,90 Euro.

Falls der Gemeinderat diese Zuwendung beschließen sollte, wird vorgeschlagen, die Auszahlung erst im neuen Jahr vorzunehmen, da im aktuellen Haushalt kein Haushaltsansatz vorhanden ist.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat, einen Betrag in Höhe von 1.433,90 € zu übernehmen.

7. Auskolkung am Dammbach auf dem Grundstück Flur Nr. 3787/2 - teilweise Beteiligung des Eigentümers an den Kosten der Unterhaltungslast? - lt. Art. 26BayWG

Der Bürgermeister nimmt Bezug auf Artikel 26 BayWG. Hierbei bei eine Beteiligung der Anlieger an den Ausbesserungsarbeiten möglich.

Er fragt, ob man die Kosten paritätisch zwischen der Gemeinde und dem Eigentümer teilen solle. Ggf. könne man auch den bereits erteilten Auftrag zurückhalten.

Im Gemeinderat wird diskutiert. Der betroffene Grundstückseigentümer ist anwesend und lehnt auf Nachfrage des Bürgermeisters eine Kostenbeteiligung ab. Es wird auf den bereits gefassten Beschluss verwiesen, wonach die Gemeinde die Kosten trage.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat, dass ihm bewusst sei, dass Kosten weiterverrechnet werden können.

Aufgrund des damaligen Beschlusses, sieht die Gemeinde Dammbach von einer Weiterverrechnung von Kosten ab.

8. Aktuelle Informationen des Bürgermeisters

8.1. Mindestabschreibungszeiten für Kanäle

Der Bürgermeister teilt mit, dass eine Abschreibung für Kanäle auf 20 Jahren nicht möglich sei.

Die Mindestabschreibungszeit liegt demnach bei 40 Jahren.

8.2. Ausbau der Ortsdurchfahrt Krausenbach

Der Bürgermeister berichtet von einem Gespräch mit dem Staatlichen Bauamt Aschaffenburg, Herrn Sawatzky.

Er bittet darum, dass der Gemeinderat ein Signal sendet, dass die Gemeinde Dammbach ihre restlichen vorbereitenden Aufgaben, wie Erneuerung von Gehsteig und Wasserhausanschlüssen vor einem evtl. Deckenneubau 2018 erledigt.

Im Gemeinderat wird gewünscht, diesen Tagesordnungspunkt auf die Haushaltsberatungen zu verschieben.

Dieser Tagesordnungspunkt müsse dann gut vorbereitet sein.

8.3. Betriebsführung Trinkwasserversorgung

Der Bürgermeister berichtet, dass lt. dem Zweckverband AMME eine Notversorgung derzeit nicht nötig sei.

Dies könne erst mit der Einstellung eines Wassermeisters erfolgen.

Der Bürgermeister informiert, dass die Gemeinde Heimbuchenthal der Einstellung eines Wassermeisters durch den Zweckverband AMME auch mit einer Kostentragung von 100 % zugestimmt habe. Der Geschäftsführer der AMME, Herr Weiß habe mitgeteilt, dass nun umgehend eine Ausschreibung veranlasst werde.

Ein Ergebnis sei nicht vor dem 3. Quartal 2017 zu erwarten.

Es würden dann Verträge mit den Gemeinden Dammbach und Heimbuchenthal abgeschlossen. Die Gemeinde Mespelbrunn schließt sich zu einem späteren Zeitpunkt an.

Zum nichtvorhandenen Notdienst wird angeregt, eine Absprache mit der Gemeinde Mespelbrunn zu treffen.

Mit der Gemeinde Mespelbrunn solle Kontakt aufgenommen werden. Man ist sich darüber im Klaren, dass hier Kosten anfallen.

Angeregt wird noch in einem nächsten Schritt, einen externen Dienstleister anzuschreiben, sofern mit der Gemeinde Mespelbrunn keine Lösung erzielt werden könne.

8.4. Nutzung des Geländes des Rathauses für Veranstaltungen wie insbesondere die Maibaumaufstellung

Der Bürgermeister kündigt ein Gespräch in der kommenden Woche mit den Vereinen an. Die Rückmeldungen seien eher negativ gewesen.

Es wird angeregt, den Nachbarn einmal in den Gemeinderat einzuladen.

Im Gemeinderat wird diskutiert.

Festgestellt wird, dass es eine Zusage an die Bürger gegeben habe, dass keinerlei Veranstaltungen durchgeführt werden.

Eine neue Situation habe sich erst ergeben, nachdem das Ansinnen einer gemeinsamen Maibauaufstellung an den Bürgermeister herangetragen worden sei.

Dies habe auch die Zustimmung des Gemeinderates erhalten.

Zuvor hatte der Bürgermeister sicherheitshalber beim Immissionsschutz im Landratsamt Aschaffenburg nachgefragt. Hiernach seien max. 6 Veranstaltungen im Jahr möglich.

Gefragt wird, ob der Nachbar auf der Baugenehmigung unterschrieben habe.

Es werden auch Stimmen laut, welche eine Genehmigung der Maibauaufstellung befürworten.

Der Bürgermeister bittet die Gemeinderäte, sich hierzu einmal intensiv Gedanken zu machen, ob keine Gestattung mehr erteilt werden solle oder die Angelegenheit evtl. gerichtlich geklärt werden müsse.

8.5. Zusage Herr Thomas Wolf

Der Bürgermeister informiert, dass Herr Thomas Wolf zugesagt habe, dass er zur Gemeinde Dammbach wechseln werde.

8.6. Kündigung Herr Reinhard Seus

Der Bürgermeister informiert von der Kündigung von Herrn Reinhard Seus, welcher sich um den Friedhof Krausenbach gekümmert habe.

Er hinterfragt, ob hierzu eine neue Person eingestellt werden solle oder ob der Bauhof dies mitmachen solle.

Aus dem Gemeinderat wird geäußert, dass der Bürgermeister eine Einstellung vornehmen solle, wenn der Bauhof es arbeitsmäßig nicht übernehmen kann.

8.7. Betreuung des Grünabfallplatzes

Es wird gefragt, ob es stimme, dass Herr Thomas Wolf nun den Grünabfallplatz nicht mehr als Minijobber betreuen könne.

Der Bürgermeister informiert, dass dies korrekt sei.

Es wird angeregt, die Lebensgefährtin von Herrn Thomas Wolf zu fragen.

Geäußert wird aus dem Gemeinderat, dass der Bürgermeister dazu stehen soll, dass er Herrn Thomas Wolf eigenständig eingestellt habe.

Dies sei nicht der Gemeinderat gewesen. Die Absageschreiben an die anderen Bewerber seien in der Wir-Form formuliert, dies stimme nicht.

8.8. Austragen der Gemeindepost

Der Bürgermeister informiert, dass die Austräger ab dem kommenden Jahr wegfallen. Hintergrund sei eine erfolgte Prüfung durch die Rentenversicherung. Der Bauhof werde künftig die Gemeinderatseinladungen ausfahren.

9. Fragen zu laufenden Projekten

Es werden keine Fragen gestellt.

10. Anfragen gemäß § 30 der Geschäftsordnung über solche Gegenstände, die in die Zuständigkeit des Gemeinderates fallen und nicht auf der Tagesordnung stehen

10.1. Gravierende Mängel im Kindergarten

Berichtet wird, dass im Kindergarten im Rahmen einer TÜV-Untersuchung gravierende Mängel festgestellt worden seien.

Im Rahmen stehe eine Kernsanierung und intensive Elektrik etc. an.

Hier müsse die Gemeinde Dammbach auch mit entsprechenden Kosten rechnen.

10.2. Neuer Busfahrplan

Angesprochen wird der neue Busfahrplan.

Der Bürgermeister informiert, dass hierzu am 09.01.2017 ein Gespräch mit den Verantwortlichen stattfinde.

10.3. Überquellender Hundehälter

Der Bürgermeister bittet darum, solche Dinge künftig per E-mail an die Verwaltung zu senden.

10.4. Anstehende Verbesserungsbeiträge für Wasser

Angesprochen werden die Informationen an die Grundstückseigentümer hinsichtlich der anstehenden Verbesserungsbeiträge für Wasser.

Die Flächen seien für die Eigentümer nicht klar zu erkennen.

Der Geschäftsleiter führt aus, dass der Innenbereich für die Betrachtung eines Grundstückes entscheidend sei. Es werde künftig zur besseren Verdeutlichung immer einen entsprechenden Lageplan beigelegt. Man sei inzwischen schon dazu übergegangen.

Es wird angeregt, einmal im Mitteilungsblatt zu veröffentlichen, dass die Bürger sich bei Unklarheiten bereits jetzt schon an die Verwaltung wenden sollen.

10.5. Mail von Herrn Christoph Anderl

Angesprochen wird die jüngste Mail von Herrn Christoph Anderl.
Es wird gefragt, ob es hier Neuigkeiten gebe.
Der Bürgermeister verneint dies.

Man solle sich an das Staatliche Bauamt wenden, um die Straßen fachgerechter zu sanieren.
Es gehe um Schäden in der Wintersbacher Straße.
Man solle sich schriftlich an das Staatliche Bauamt Aschaffenburg wenden, mit einem Abdruck an Herrn Anderl.
Der Bürgermeister meint, dass man dem Staatlichen Bauamt Aschaffenburg zunächst 4 Wochen Zeit geben solle um evtl. tätig zu werden und erst dann schreiben solle.

Man verständigt sich darauf, das Staatliche Bauamt anzuschreiben.
Man solle darauf hinweisen, dass die Angelegenheit dem Gemeinderat wichtig sei. Das Staatliche Bauamt solle baldmöglichst kommen.
Herrn Anderl solle ein Abdruck erhalten.

11. Abschluss von Pachtverträgen mit Herrn Rudolf Elter für Buswartehalle, Pumpstation und Heppenweg

Herr Bürgermeister informiert von einer Verhandlung mit Herrn Elter.
Eine Veräußerung käme für Herrn Elter nicht in Frage.

Im Gemeinderat wird geäußert, dass dieser Punkt in den öffentlichen Teil gezogen worden sei, damit die Öffentlichkeit erfahre, dass für die Buswartehalle und die Pumpstation für den Oberschnorrhof eine Pacht gezahlt werde.

Patrick Spielmann trifft ein.

Gefragt wird aus dem Gemeinderat, ob es eine Vereinbarung aus dem Jahr 1931 gebe.
Der Bürgermeister teilt mit, dass hierzu nichts gefunden worden sei.

Angefragt wird, ob es zu dem Buswendeplatz eine Art Gewohnheitsrecht gebe.
Der Bürgermeister und der Geschäftsleiter sehen dies nicht so.
Es gebe schließlich eine andere Möglichkeit.

Hinterfragt wird noch, ob es nicht eine andere Lösung im Zusammenhang mit der Pumpstation gebe.
Der Geschäftsleiter berichtet von einer Rückfrage bei dem Bautechniker. Dies sei äußerst schwierig.

**Mit 7 zu 6 Stimmen beschließt der Gemeinderat die Flächen für den Buswendeplatz, für die Pumpstation und im Heppenweg zu pachten.
Der Pachtvertrag soll zumindest auf 5 Jahre abgeschlossen werden.
Nach Möglichkeit soll eine Mindestlaufzeit von 10 Jahren vereinbart werden.**

Dagegen gestimmt haben: Christian Lattus, Adolf Englert, Rigobert Amrhein, Waltraud Amrhein, Ralf Schäfer und Franz Hock.

12. Jahresüberblick und Ausblick des 1. Bürgermeisters Roland Bauer

Der Bürgermeister gibt einen kurzen Jahresrückblick und -ausblick.

Er verkündet, dass die Gemeinde Dammbach im Jahr 2017 mit ca. 920.000 € Schlüsselzuweisung rechnen dürfe.

Für das Jahr 2016 seien dies 890.000 € gewesen.

Steffen Verfürth übergibt einen Spendenbrief der Sparkasse Aschaffenburg – Alzenau über 700 €. Die Spende sei für die Anschaffung von Spielgeräten für den Pausenhof der Grundschule Dammbach.

Ende der Sitzung 20:05 Uhr

Roland Bauer
1. Bürgermeister

Matthias Hanakam
Schriftführer